

PETER-KREISKY-GESPRÄCHE

Künstliche Intelligenz als Weggabelung

Franz Schäfer ist IT-Techniker, Systemadministrator, KPÖ-Aktivist und Mitglied der GPA-Interessengemeinschaft IT. Im Rahmen der Peter-Kreisky-Gespräche diskutierte er mit **Eva Brenner** und **Walter Baier** über die Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz (KI).



Walter Baier: Stichwort KI – ich nehme an, es dreht sich hier nicht um die Kommunistische Internationale. Das verführt mich zur Einstiegsfrage: Was ist Künstliche Intelligenz eigentlich?

Franz Schäfer: Das zu definieren bräuchte eine lange Antwort. Aber: KI ist momentan in aller Munde und die meisten Menschen haben die ChatBots schon ein wenig ausprobiert und bemerkt, dass die zumindest intelligent wirken. Manche argumentieren, es sei keine echte Intelligenz. Auf der anderen Seite könnte diese Technologie viele Probleme lösen, die bisher uns Menschen vorbehalten waren. Was mir am meisten Sorgen macht, ist, dass dieses Phänomen gesellschaftlich nicht wirklich ernst genommen wird. Dabei bringt es massive Umwälzungen und Gefahren mit sich.

Oft höre ich das Argument: Technische Neuerungen gab es immer, aber am Ende entstanden doch

neue Jobs. Die E-Mail hat das Fax abgelöst, statt aus dem Katalog bestellt man heute online – aber im Prinzip bleibe alles beim Alten. Das halte ich für einen großen Irrtum. Man unterschätzt damit völlig, wie tiefgreifend und rasant die potenziellen Veränderungen ablaufen.

WB: Worin bestehen diese Veränderungen konkret?

FS: Wenn die Technologie so funktioniert, wie es angekündigt wird – und das halte ich für ein sehr wahrscheinliches Szenario –, dann bleiben für uns Menschen nur noch wenige Arbeitsplätze übrig.

Karl Marx hat das im »Maschinenfragment« bereits vorgedacht: Was passiert, wenn menschliche Arbeit nicht mehr notwendig ist? Er ist dort nicht zwingend zu einer Lösung gekommen. Aber wenn das eintrifft, was die KI-Entwickler:innen prognostizieren, erreichen wir sehr schnell den

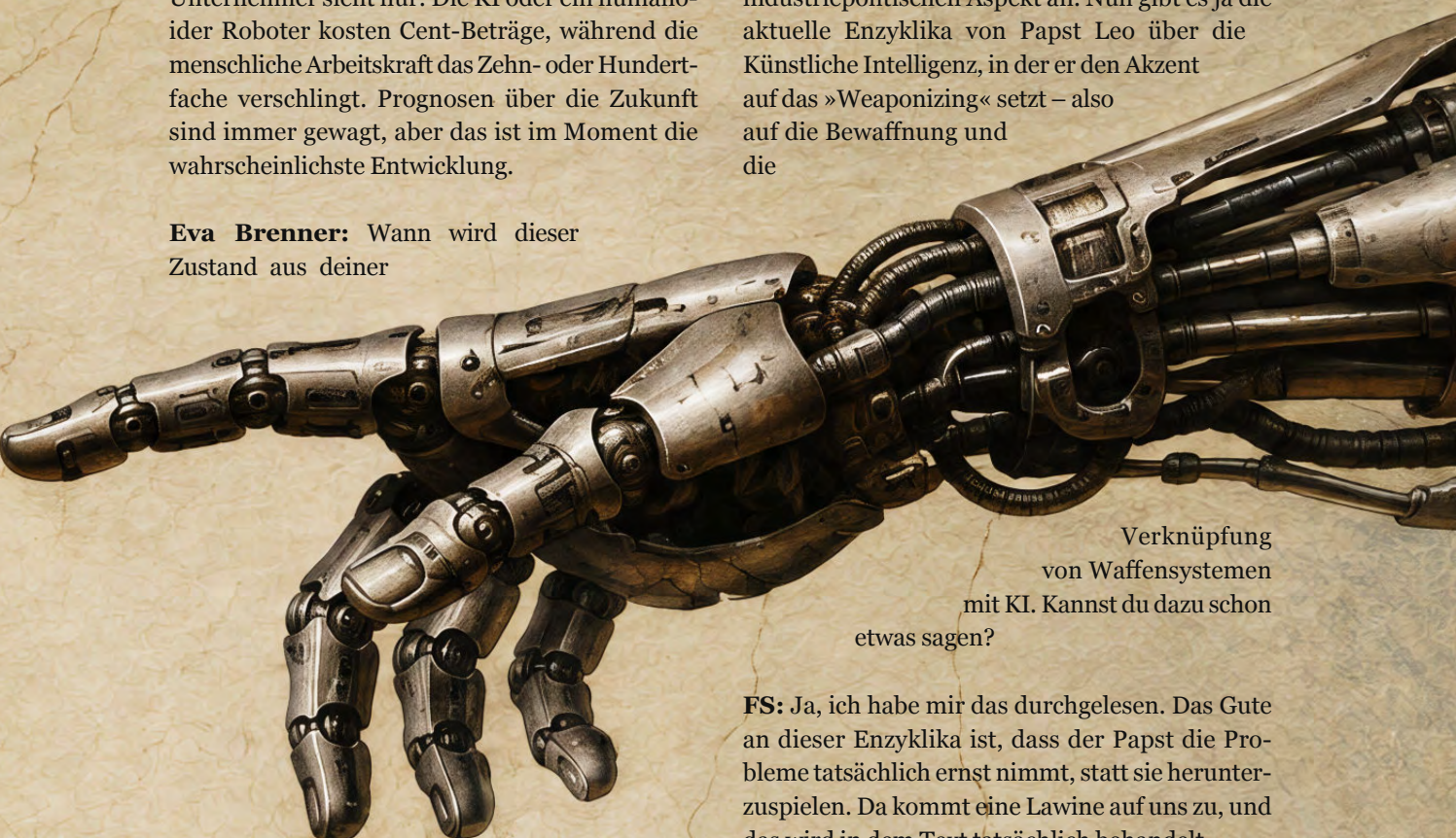
Punkt, an dem für die allermeisten Jobs keine menschliche Arbeitskraft mehr gebraucht wird.

Natürlich kann eine Gesellschaft entscheiden, bestimmte Tätigkeiten nicht an Maschinen zu übergeben. Im kapitalistischen System ist das jedoch ein defensiver und schwieriger Kampf. Ein Unternehmer sieht nur: Die KI oder ein humanoider Roboter kosten Cent-Beträge, während die menschliche Arbeitskraft das Zehn- oder Hundertfache verschlingt. Prognosen über die Zukunft sind immer gewagt, aber das ist im Moment die wahrscheinlichste Entwicklung.

Eva Brenner: Wann wird dieser Zustand aus deiner

menschliche Arbeit noch notwendig sein, weil das Vertrauen in die KI fehlt. Aber in vier bis fünf Jahren ist ein Punkt erreicht, an dem die KI für 30, 50 oder gar 70 % der Jobs völlig ausreicht. Dann sind die Arbeitsplätze massiv in Gefahr.

WB: Du sprichst den gewerkschaftlichen und industriepolitischen Aspekt an. Nun gibt es ja die aktuelle Enzyklika von Papst Leo über die Künstliche Intelligenz, in der er den Akzent auf das »Weaponizing« setzt – also auf die Bewaffnung und die



Verknüpfung von Waffensystemen mit KI. Kannst du dazu schon etwas sagen?

Sicht eintreten? Und was passiert dann mit den Menschen, die auf diese Weise »freigesetzt« werden?

FS: Einen genauen Zeithorizont zu nennen, ist schwierig. Aber die Top-Systeme können schon heute beeindruckende Aufgaben erledigen, wie mathematische Beweise führen oder Software schreiben. In vielen Betrieben wird bereits über den Einsatz nachgedacht. Für die meisten Unternehmen ist das eine Art Outsourcing: Man übergibt die Arbeit an eine externe Instanz – in diesem Fall an die KI. Konservative Unternehmen werden sich nicht sofort hineinstürzen, sondern schrittweise vorgehen.

In den nächsten zwei bis drei Jahren wird

FS: Ja, ich habe mir das durchgelesen. Das Gute an dieser Enzyklika ist, dass der Papst die Probleme tatsächlich ernst nimmt, statt sie herunterzuspielen. Da kommt eine Lawine auf uns zu, und das wird in dem Text tatsächlich behandelt.

Automatisierte Waffen sind ein einziger Horror. In der KI-Verordnung der EU sind militärische Anwendungen explizit ausgenommen – so, als hätte in Brüssel noch nie jemand den Film »Terminator« gesehen. Das ist erschreckend. Was mir an der päpstlichen Position weniger gefällt, ist die Darstellung der Erwerbsarbeit als per se sinnstiftend und förderungswürdig. Dabei wäre es theoretisch positiv, wenn uns die Automatisierung die Arbeit abnimmt, damit wir uns frei entfalten können.

EB: Aber was passiert mit den freigesetzten Menschen? Ich meine, werden die dann marodierend durch die Lande ziehen, so wie im Mittelalter, und

alles kurz und klein schlagen? Was werden die Menschen machen, die nichts mehr zu essen haben?

FS: Das ist die entscheidende Frage. Ich sehe zwei notwendige Antworten auf diese Situation. Der erste Schritt ist ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wenn es keine Jobs mehr gibt, müssen wir den Menschen dennoch ein gutes Leben ermöglichen. Ich bin überzeugt, dass die Menschen sinnvolle Tätigkeiten finden würden. Die Hälfte der Arbeit, die heute geleistet wird – wie die unbezahlte Care- und Haushaltsarbeit –, wird ohnehin vom Kapitalismus vorausgesetzt, aber nicht entlohnt. Ein Grundeinkommen ist hier absolut argumentierbar.

Alles, was die rasante Entwicklung bremst, hilft: Es ist aktuell sinnvoll, den Ausbau der Rechenzentren zu limitieren. Bernie Sanders hat bereits ein Moratorium vorgeschlagen, um den Neubau vorerst zu stoppen.

Grundsätzlich braucht es eine sehr hohe Besteuerung der Energieressourcen und des CO₂-Ausstoßes. Wenn aus menschlicher Arbeit kaum noch Mehrwert geschöpft werden kann, weil sie überflüssig wird, bleibt das, was Marx im »Kapital« beschreibt: Die Erde und der Arbeiter sind die Quellen allen Reichtums. Wenn der Arbeiter wegbricht, bleibt die Erde übrig. Wir müssen den Ressourcenverbrauch so hoch besteuern, dass dem rasanten Bau von Rechenzentren ein Riegel vorgeschoben wird.

EB: Aber geht sich das überhaupt aus? Wie gehen wir mit diesem enormen Ressourcenverbrauch um? Angeblich brauchen diese Maschinen bald mehr Strom, als überhaupt vorhanden ist.

FS: Es gibt das sogenannte Moore's Law – benannt nach dem Intel-Mitbegründer Gordon Moore. Er prognostizierte, dass sich die Leistungsfähigkeit von Computerchips etwa alle 18 Monate verdoppelt und damit auch deren Effizienz. Der Energiebedarf wird letztlich nicht der Punkt sein, an dem die KI scheitert, weil der technische Fortschritt den Verbrauch pro Rechenleistung massiv reduziert.

Da diese Technologien noch neu sind, sehen wir

auch im Softwarebereich enorme Optimierungsschritte. Modelle, die vor wenigen Monaten noch eine enorme Rechenleistung verschlangen, benötigen heute plötzlich nur noch ein Zehntel davon. Da passiert ein rasanter Wandel.

Dennoch bleibt der Ressourcenverbrauch am Ende des Tages ein limitierender Faktor. Eine solche Begrenzung ist sogar sinnvoll, weil die aktuelle, unregulierte Konkurrenz im Tech-Sektor extrem gefährlich ist. Manche Prognosen beziffern das Risiko, dass KI die Menschheit auslöscht, auf 25 %. Ob man dieser Zahl glaubt oder nicht: Allein, dass ernsthafte Wissenschaftler:innen solche Szenarien diskutieren, zeigt, dass viel zu wenig Vorsicht herrscht. Die Geschwindigkeit aus dem Rennen zu nehmen, ist ein Gebot der Stunde. Ein totales Moratorium für den Neubau von Rechenzentren halte ich aktuell für absolut notwendig.

WB: Du hast zuvor drei Punkte genannt. Was war noch einmal der dritte?

FS: Genau, der dritte Punkt betrifft die Eigentumsfrage: Wem gehören diese KI-Systeme eigentlich? Da diese Modelle mit dem gesamten, über Jahrhunderte akkumulierten Menschheitswissen trainiert wurden, kann man klar argumentieren: Sie gehören uns allen. Sie müssen unter öffentliche Kontrolle gestellt werden oder Open Source sein.

Open Source ist für mich eine der drei tragenden Säulen einer gesellschaftlichen Antwort auf die KI. Natürlich gibt es auch berechtigte Einwände, wenn hochentwickelte Spitzenmodelle zu früh unkontrolliert an die Öffentlichkeit gelangen. Damit lässt sich auch großer Schaden anrichten. Aktuelle Modelle können beispielsweise Software-Bugs extrem schnell aufspüren. Wer diese Fehler zuerst findet, kann Systeme auch am schnellsten hacken. Das Ganze ist also nicht risikofrei und müsste anfangs auf die Forschung begrenzt werden, verbunden mit einer späteren Verpflichtung zur Veröffentlichung.

Die Verpflichtung zu Open Source würde auch den Druck aus diesem digitalen Rüstungswettlauf der

Tech-Konzerne nehmen. Wenn man aus dem Modell selbst keinen permanenten Konkurrenzvorteil mehr schlagen kann, verliert das blinde Innovationstempo an Reiz.

In der GPA-Interessensgemeinschaft IT widmen wir uns diesem Thema intensiv. Die europäische Politik hat mittlerweile realisiert, dass die großen Tech-Konzerne geschlossen hinter Donald Trump stehen. Deshalb ist das Thema der »digitalen Souveränität« plötzlich ganz oben auf der Agenda. Ein zentraler Baustein dafür ist Open Source. Beim GPA-Kongress wurde ein entsprechender Antrag zur Bedeutung von Open Source für die digitale Souveränität wohlwollend angenommen – im Gegensatz zu früher, als das noch als reines Nischenthema galt. Heute geht es um die Souveränität Österreichs und Europas. Aber eigentlich geht es um die Souveränität von uns allen, von jedem einzelnen Softwareentwickler. Wenn ich den Quellcode habe, kann ich die Technologie selbstbestimmt weiterentwickeln.

EB: Was genau verbirgt sich hinter dem Begriff Open Source? Es ist ein wunderschönes Wort, aber was bedeutet es konkret?

FS: Viele haben vielleicht schon von Linux gehört, dem freien Betriebssystem. Aber Open Source gibt es in unzähligen Varianten. Auch für Windows-Nutzer gibt es freie Software, wie das Office-Paket LibreOffice. Tatsächlich läuft ein Großteil des gesamten Internets auf Open-Source-Basis. Sogar Google nutzt das exzessiv. Manche linke Kritiker haben eingewendet: »Na ja, wenn das die Konzerne nutzen, kann es ja kaum progressiv sein.« Aber wenn wir die Welt verändern wollen, müssen wir auf dem aufbauen, was real existiert.

Dass der Verzicht auf exklusives Eigentum an Software zu besserer Kooperation und höherer Effizienz führt, ist genau der Grund, warum diese Konzerne darauf zurückgreifen. Auch sie wollen ein Stück Souveränität und sich nicht von der Preisgestaltung oder den Launen eines einzelnen Konkurrenten abhängig machen. Sie wollen ihre Zukunft selbst kontrollieren.

Im Hightech-Kapitalismus ist Open Source keine moralische Frage, sondern eine Frage der ökonomischen Effizienz. Und dass digitale Commons (Anm.: gemeinschaftlich geteilte Güter und Ressourcen, die allen frei zugänglich sind) effizienter funktionieren als die reine Konkurrenzlogik des Marktes, ist ein bemerkenswerter Befund. Das war übrigens eine der zentralen Erkenntnisse, die mich zum Kommunisten gemacht haben: Der Konkurrenzkampf ergibt in dieser hochtechnologisierten Welt schlicht keinen Sinn mehr, weil er nicht einmal mehr ökonomisch rational ist.

EB: Bist du angesichts dieser Entwicklungen positiv gestimmt, was die Zukunft betrifft?

FS: Wir stehen an einer historischen Weggabelung: Es kann entweder katastrophal enden oder extrem gut ausgehen. Positiv stimmt mich, dass angesichts der radikalen Brüche durch die KI immer mehr Menschen begreifen: So wie bisher kann es im Kapitalismus nicht weitergehen. Es gibt im Moment ein historisches Zeitfenster – ein »Window of Opportunity« –, in dem selbst konservative Kreise diese Systemkrise so wahrnehmen. Das öffnet Räume für völlig neue Ideen. Es ist für die Linke jetzt überlebenswichtig, ihre Alternativen für diese Krise klar und verständlich zu kommunizieren, bevor sich dieses Fenster wieder schließt. ♦

Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des Peter-Kreisky-Gesprächs, das am 21.07.2026 auf Okto ausgestrahlt wurde. Es ist auf dem offiziellen YouTube-Kanal von SPRUNG Wien abrufbar.

Mehr von **Franz Schäfer** zu IT Themen auf seinem Blog gummunismus.at

